

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts: Unternehmensformen

# Unternehmensformen

Unternehmen können in Deutschland in unterschiedlichen Rechtsformen gegründet werden. Die Wahl der Unternehmensform hat Auswirkungen auf die Frage der Haftung, der steuerlichen Beurteilung sowie auf die buchhalterischen Anforderungen.

In Deutschland können es die Personengesellschaften Einzelunternehmen, OHG, Gesellschaften, OHG, Handelsgesellschaften (OHG), Kommanditgesellschaften (KG) und Gesellschaften des bürgerlichen Rechts (GbR).

Als Kapitalgesellschaft werden GmbH, GmbH & Co. KG, Aktiengesellschaft (AG), Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) und eingetragene Genossenschaften (eG) zur Auswahl.

## Das Einzelunternehmen

Das Einzelunternehmen ist die einfachste Form der Unternehmensgründung und die gebräuchlichste Rechtsform in Deutschland. Der Gründer muss keine Formblätter einreichen, sondern ist die Eintragung in das Handelsregister und als einer bestimmter Mindestumsatz und einer bestimmten Mitarbeiterzahl erforderlich. Stammkapital wird nicht benötigt. Bei einem Einzelunternehmen gibt es nur einen Betriebsratgeber, der Gründer haftet persönlich für Verbindlichkeiten und Schulden mit seinem gesamten Privatvermögen. In der Einzelunternehmen haftet man in Höhe des Vermögensgegenstandes, in der zur Befriedigung verpflichtet.

## Die OHG (Gesellschaft)

Die OHG (Gesellschaft) ist eine Sonderform einer Personengesellschaft und ist keine Handelsgesellschaft. Die OHG (Gesellschaft) kann ohne weitere Vereinbarung gegründet werden und hat den Charakter eines Schutzverhältnisses. Ein oder mehrere Teilhaber beteiligt sich mit einer Kapitalanlage oder Sachanlage, ist aber selbst ein Geschäftsbetrieb nicht notwendig. Der OHG Teilhaber wird nicht an Gewinn beteiligt.

## Die OHG (Handelsgesellschaft (OHG))

Die OHG ist ein volkswirtschaftliches Handelsgewerbe aus und ist eine gemeinschaftliche Form. Zur Gründung sind mindestens zwei Personen erforderlich. Die OHG kann im Gegensatz zur OHG nur von Kaufleuten, aber nicht von Handwerksbetrieblern gegründet werden. Für die OHG ist kein Mindestkapital erforderlich, die Mitarbeiter haften nicht mit ihrem gesamten Vermögen.

## Die Kommanditgesellschaft (KG)

Die KG besteht aus zwei unterschiedlich haftenden Gesellschaftsgruppen, den Komplementären und den Kommanditisten. Die Kommanditisten können auch finanziell an Unternehmen beteiligen. Die Komplementäre führt allein die Geschäfte und hat das alleinige Entscheidungsrecht. Er haftet mit seinem Privatvermögen, während die Kommanditisten nur mit ihrer Einlage haften.

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts: Unternehmensformen

## Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

Die GbR ist ein Zusammenschluss aus zwei oder mehr natürlichen oder juristischen Personen und unterliegt den Regeln des Bürgerlichen Gesetzbuches. In der GbR

sind alle Partner gleichberechtigt. Beschlüsse müssen einstimmig gefasst werden. Ein Gesellschaftsvertrag sollte für die Gründung abgeschlossen werden, er muss jedoch nicht notariell beurkundet werden. Mindestkapital ist zudem nicht erforderlich, die Gesellschafter haften mit ihren Privatvermögen.

### Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Für die Gründung einer GmbH ist ein Mindeststammkapital von 25.000 Euro erforderlich. Ein Gesellschaftsvertrag muss geschlossen und notariell beurkundet werden. Geschäftsführer müssen bestellt und eine Geschäftsleiterliste muss erstellt werden. Die GmbH ist zudem in das Handelsregister einzutragen. In der Regel haften die Gesellschafter nur mit ihren Einlagen, in Ausnahmefällen müssen sie jedoch auch mit ihren Privatvermögen haften.

Eine Sonderform der GmbH ist die UG als Unternehmensgesellschaft, für die nur ein Mindeststammkapital von einem Euro erforderlich ist. Die UG ist zur Bildung von Rücklagen verpflichtet, bis ein Mindeststammkapital von 25.000 Euro eingezahlt ist.

### Die GmbH & Co. KG

Die GmbH & Co. KG bietet mehr Handlungsspielraum als die GmbH. Die GmbH ist gesetzlich haftende Komplementärin, die Gesellschafter treten zunächst als Kommanditisten auf. Das Haftungsrisiko ist bei einer KG geringer als bei einer GmbH. Die Entscheidungsfindung und die Verteilung von Gewinnen und Verlusten hängt von der Vermögenslage der GmbH und der Kommanditisten ab.

### Die Aktiengesellschaft (AG)

Für die Gründung einer Aktiengesellschaft ist ein Gesellschaftsvertrag, der von allen unterschrieben werden muss, erforderlich. Die AG muss in das Handelsregister eingetragen werden. Zum Zeitpunkt der Gründung muss außerdem ein Grundkapital von mindestens 50.000 Euro vorhanden sein, das in Aktien zerlegt und von den Gesellschaftern eingezahlt wird. Die Gesellschafter haften nur mit ihren Einlagen und nur in Ausnahmefällen auch mit ihren Privatvermögen. Die Organe der Aktiengesellschaft sind Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung.

### Die Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA)

Die KGaA verbindet Elemente der Aktiengesellschaft und der Kommanditgesellschaft. Es handelt sich um eine Aktiengesellschaft, die über gesetzlich haftende Gesellschafter als Komplementäre verfügt. Die KGaA ist nach dem in Sinne des Handelsgesetzbuches.

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts Unternehmensformen

### Die eingetragene Genossenschaft (eG)

Die eingetragene Genossenschaft ist ein Zusammenschluss von natürlichen oder juristischen Personen und kann als Konsum-, Bank-, Bau-, Dienstleistungs-, Absatz-

oder Produktionsgenossenschaft gegründet werden. Die Mitgliedschaft ist offen, die Mitglieder erwerben Anteile an der Genossenschaft.

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts: Nichtigkeit und Anfechtbarkeit

## Nichtigkeit und Anfechtbarkeit

Nichtige Rechtsgeschäfte beziehungsweise Willenserklärungen leiden an einem derart schweren Fehler, dass die beabsichtigten Rechtsfolgen nicht eintreten können oder dürfen. Ein nichtiges Rechtsgeschäft ist damit von Anfang an unwirksam.

**Wichtige Willenserklärungen und Rechtsgeschäfte sind dagegen wirksam und damit gültig. Zugleich liegt jedoch ein Grund vor, der zur Anfechtung berechtigt. Wenn der Berechtigte diesen Grund hat, ist die Erklärung beziehungsweise das Geschäft von Anfang an als nichtig nichtig. Wird dagegen nicht angefochten, ist und bleibt die Willenserklärung und damit das Rechtsgeschäft wirksam.**

### **Wichtig**

Im BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) wird danach unterschieden, ob Mängel in Person, Form oder Inhalt vorliegen.

Liegt der schwerwiegende Mangel in der Person einer der Vertragsparteien begründet, kann das Gesetz nur die Nichtigkeit der Verfügung. So enthält § 108 BGB an, dass die Willenserklärung eines Geschäftsfähigen untauglich ist, wenn dieser untauglich gezeichnet wurde.

Im Zivilrecht besteht für Rechtsgeschäfte grundsätzliche Formfreiheit. Nur in Ausnahmefällen enthält das Gesetz zur Erfüllung bestimmter Funktionen (Staatl. Recht, Adhäsions- oder Kontrollfunktion) eine gesetzlich vorgeschriebene Form als das können Textform, Schriftform, notarielle Beglaubigung und notarielle Beurkundung sein. Werden diese Formen nicht eingehalten, so sind die Rechtsgeschäfte – mit wenigen Ausnahmen abgesehen – untauglich (§ 126 BGB).

Die Nichtigkeit eines Vertrags kann aber auch aus seinem Inhalt herrühren. So sind Schenkungsgeschäfte (§ 117 BGB), Schenkungsgeschäfte (§ 118 BGB), übereinstimmende oder wechselseitige Verträge (§ 120 BGB) untauglich. Das gilt auch für den gesamten Vertrag, wenn der andere Teil der Vertragspartei (§ 119 Abs. 2 BGB). Eine Stelle, zum Vertragsinhalt gehörende Fallgruppe behandelt die Nichtigkeit von Verträgen, die gegen ein gesetzliches Verbot verstoßen (§ 134 BGB). Das wird erreicht, dass einzelne Vertragsbestimmungen oder der gesamte Inhalt gegen ein Verbotsgesetz verstößt.

### **Wichtig**

Die Anfechtung ist einseitig von der Rücktrittsbefugnis oder der Kündigung einseitig Rechtsgeschäft (ungetragenes Gestaltungsrecht). Ausgeführt wird sie durch eine einschlägige Willenserklärung. Die Zustimmung des anderen ist dazu nicht notwendig.

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts: Nichtigkeit und Anfechtbarkeit

Der Anfechtende muss sich aber auf einen Anfechtungsgrund berufen können und somit zur Anfechtung berechtigt sein, sowie die Anfechtung gegenüber dem anderen erklären. Die Ausübung der Anfechtung darf nicht ausgeschlossen sein.

Die Nichtigkeit einer Anfechtung wird die Willensbetätigung und damit das Rechtsgeschäft an sich nichtig (§ 141 Abs. 1 BGB), und die Anfechtbarkeit hat unter den Voraussetzungen des § 141 Abs. 1 BGB Eracht des Vertrauensschutzes zu sein.

Anfechtungsgründe gemäß BGB sind

- Irrtümlichkeit § 119
- Willensbetätigung § 116
- Falsche Übersetzung § 120
- Angewandte Täuschung § 121
- Willensbetätigung § 122

Rechtsgeschäfte die aus Gründen des Intere (§ 119 BGB) und der falschen Übersetzung § 120 BGB an sich nichtig erklärt werden sollen, müssen unverzüglich nach Kenntniserlangung (§ 121 BGB) angefochten werden. Die Anfechtungsfrist für Täuschungen und Drückungen nach § 122 BGB beträgt ein Jahr ab Entdeckung beziehungsweise Wegfalls der Zwangslage.

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max

Datum: 01.08.2021

Thema des Fachberichts: Mängelrüge

## Mängelrüge

Die Mängelrüge ist eine Anzeige durch den Käufer eines Handelsgeschäftes, durch die dem Verkäufer ein Mangel oder die Falschlieferung der Ware gemeldet wird. Im

Sinne des § 377 Handelsgesetzbuch muss die Ware unverzüglich nach Erhalt durch den Käufer untersucht und etwaige Mängel unverzüglich beanstandet werden. Dabei kann die Mängelrüge formlos erfolgen und hat die Rückabwicklung des Kaufgeschäfts, den Umbau oder die Umwandlung einer anderweitigen Kompensation für den Käufer zur Folge.

Die Mängelrüge ist ein wichtiges Instrument des Käufers, um sicherzustellen, dass die von ihm kauftlich erworbene Ware in vereinbarter Qualität und ohne andere Mängel geliefert wird. Die Mängelrüge hat allerdings ebenso den Zweck, den Verkäufer vor späteren Reklamationen durch den Käufer zu schützen.

### Voraussetzungen einer Mängelrüge

Folgende Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit ein Käufer eine Mängelrüge stellen kann:

- Es handelt sich um einen handelsüblichen Handelskauf
- Die Ware muss beim Käufer abgeholt worden sein.
- Die Ware wurde unverzüglich nach Erhalt untersucht werden.
- Die Mängelrüge erfolgt unverzüglich (Ausschreibe bei versteckten Mängeln)

Laut § 377 HGB muss die Untersuchung der Ware stets „unverzüglich“ erfolgen. Damit wird nicht nur der Käufer geschützt, auch der Verkäufer bekommt eine wichtige Information, ob die Ware in Ordnung ist. Dies schützt ebenfalls vor späteren Streitigkeiten über die Entstehung des Schadens.

Unverzüglich bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Ware je nach Beschaffenheit schnell als möglich untersucht werden muss. Wird die Überprüfung durch den Käufer schuldhaft verzögert, ist eine spätere Mängelrüge nicht möglich.

### Art von Mängeln

Mit der Mängelrüge wird ein Sachmangel angezeigt. Die Definition für diese Art von Mängeln findet sich im Bürgerlichen Gesetzbuch und umfasst alle Mängel, die durch eine andere Beschaffenheit der Ware entstanden sind. Dazu gehören auch Mängel, die von Käufer nach der üblichen Beschaffenheit der Ware zu erwarten waren.

### Als Sachmangel zählen:

- **Fehlerhafte Ware**: Die Ware entspricht nicht der vertraglich vereinbarten Beschaffenheit, eignet sich nicht für die nach dem Vertrag vorausgesetzte Verwendung oder eignet sich nicht für eine gewöhnliche Verwendung.

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max

Datum: 01.08.2021

Thema des Fachberichts: Mängelrüge

- Ware entspricht nicht der Werbeaussage: Es fehlen der Ware Eigenschaften, die in einer Werbeaussage oder Kennzeichnung versprochen wurden.
- Montagefehler: Unsachgemäß durchgeführte Montage des Verkäufers.

- Mangelhafte Montageanleitung: Eine mangelhafte Montageanleitung hat die richtige Montage durch den Käufer zur Folge.
- Falschlieferung: Eine andere als die bestellte Ware wird geliefert.
- Minderlieferung: Eine zu geringe Menge wird geliefert.

Offene Mängel sind Mängel, welche bereits beim Warenübergang oder bei Abnahme erkennbar sind. Versteckte Mängel sind im Gegensatz dazu nicht sofort erkennbar und können auch bei einer gewissenhaften Überprüfung nicht sofort festgestellt werden. Bei versteckten Mängeln hat der Käufer den Verkäufer sofort nach Kenntnis des Mangels darüber zu informieren.

### Form der Mängelrüge

Eine Mängelrüge erfolgt grundsätzlich keiner Form. Wird in der AGB jedoch eine bestimmte Form, beispielsweise Brief, E-Mail oder Fax, vorgeschrieben, so ist diese befolgt anzusehen.

Wichtig ist erforderlich, die Art des Mangels schriftlich und unmissverständlich zu beschreiben. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat in einem Urteil vom 19.01.2001 (Az. 20/11) bereits festgelegt, dass eine unrichtigweise Lieferung nicht als Mängelrüge anerkannt werden kann. Vielmehr müsse der Käufer den Verkäufer genau darüber in Kenntnis setzen, in welchem Punkt und in welchem Umfang er die gelieferte Ware als nicht vertragsgemäß bezeichne.

### Folgen der Mängelrüge

Nach Anzeige eines Sachmangels bei einem Kaufgeschäft sind verschiedene Handlungsmöglichkeiten gegeben:

- Der Käufer ist vom Kaufvertrag zurück. Der Kauf wird rückgängig gemacht und der im Zustand vor Abschluss des Kaufgeschäftes wiederhergestellt.
- Der Käufer kann den Umtausch oder die Reparatur der Ware verlangen.
- Wenn ein Umtausch oder die Rückabwicklung nicht möglich sind, entstehen dem Käufer Schadensersatzansprüche.

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts: Mahnverfahren

# Mahnverfahren

Zunächst wird zwischen außergerichtlichen und gerichtlichen Mahnverfahren unterschieden. Das außergerichtliche Mahnverfahren zielt darauf ab, offene

Forderungen möglichst schnell und ohne unnötigen Zeitaufwand einzutreiben. Im Gegensatz zum gerichtlichen Mahnverfahren ist es nicht standardisiert und wird Bereich durch den Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner bestimmt.

## Außergerichtliche Mahnverfahren

§ 271 BGB regelt grundsätzlich für alle Vertragspartner, dass die Zahlung selbst nach Leistungsanforderung möglich wird. Jedoch gibt es bei einigen Vertragspartnern, wie beispielsweise in Werk- oder Dienstverhältnissen, spezielle Fälligkeitserfordernisse. In der allgemeinen Forderung in § 271 BGB vorgesehen. Häufig unterscheiden die Vertragspartner abweichend von den gesetzlichen Regelungen im Vertrag oder in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen, dass die Zahlungsschuldner nach mehreren Tagen oder Wochen nach Rechnungsstellung zahlen kann.

Nur der Schuldner verantwortlich oder abweichend die Zahlung trotz Fälligkeit nicht gemacht, wird der Gläubiger bei in der Regel in Rahmen des außergerichtlichen Mahnverfahrens zunächst an über mehrere Mahnschreiben schreiben.

Rechtlich ist die Mahnung eine einseitige, empfangsbedürftige Aufforderung an den Schuldner, die geschuldete Leistung zu erbringen. Durch die Mahnung wird der Schuldner grundsätzlich in Verzug gesetzt. Daraus ergibt sich für den Gläubiger ein Anspruch auf Verzugszinsen und Schadenersatz.

Die Mahnung ist in keine besondere Form gebunden. Sie kann zwar grundsätzlich schriftlich, mündlich oder sogar auch durch schlüssiges Verhalten erfolgen. Aus Brauchgründen empfiehlt sich jedoch schriftlich zu handeln. Da in der Mahnung empfangene Aufforderung zur Zahlung muss eindeutig eindeutig und bestimmt sein. Der Gläubiger hat gegenüber dem Schuldner nur zum Ausdruck zu bringen, dass er die geschuldete Leistung verlangt.

Für den Vertragspartner ist grundsätzlich nur eine Mahnung erforderlich nach dem Gesetz. Häufig werden in der Praxis – je nach Status des Kunden – bis zu drei Mahnungen ausgesprochen. Schließlich soll der Kunde, der nur verantwortlich die Zahlung verschuldet hat, nicht durch schlichtes gerichtliches Vorgehen verurteilt werden, sondern zunächst höflich an die Zahlungspflicht erinnert werden. In vielen Fällen bietet das außergerichtliche Mahnverfahren eine schnelle und kostengünstige Möglichkeit, um Zugriff an die offene Forderung zu kommen.

## Gerichtliche Mahnverfahren

Wenn das außergerichtliche Mahnverfahren keinen Erfolg hat, kann der Gläubiger Klage auf Zahlung erheben oder ein gerichtliches Mahnverfahren erheben. Durch

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts: Mahnverfahren

das gerichtliche Mahnverfahren kann sich der Gläubiger (Antragssteller) ohne den aufwendigen Weg eines Klageverfahrens einen Vollstreckungstitel

verschaffen. Nach Erhalt des Vollstreckungstitels kann der Schuldner die eigene Zahlungsverpflichtung beim Schuldner ohne durch einen Gerichtsvollzieher vollstrecken lassen.

Ein gerichtliches Mahnverfahren hat den Vorteil, dass es schneller und kostengünstiger als eine Klage ist. Dabei wird vom Gericht nicht geprüft, ob die Forderung des Gläubigers zu Recht besteht. Es werden auch keine Beweise erbracht. Wenn sich im Einverständnis des Schuldners (Antragsgegner) handelt, ist in der gerichtliche Mahnverfahren der Klage ersetzbar.

Der Gang des gerichtlichen Mahnverfahrens ist gesetzlich genau geregelt. Das gerichtliche Mahnverfahren wird durch Einreichung eines Antrags auf Erlass eines Mahnbescheides eingeleitet. Aufgrund dieses Antrags wird ein Mahnbescheid erlassen, welcher dem Antragsgegner binnen sechs bis fünf zugestellt wird. Dieser kann die Erfüllung der Forderung und damit die Verantwortung für den weiteren Erlass eines Vollstreckungsbefehls. Gleichwohl ist durch den Mahnbescheid nicht der Antragsteller eine Kostenvorschuss für das Mahnverfahren.

Der Antrag auf Erlass eines Mahnbescheides wird vom Antragsteller auf inhaltliche Richtigkeit geprüft. Es werden nur Beweise übernehme oder ungenügende Beweismittel von Antragsteller oder Antragsgegner vom Gericht beanstandet. Eine weitere wichtige Forderung sind ungenügende Angaben zu den Forderungen oder übernehme Beweismittel der Rechtshilfe. Der Antragsteller hat nur die Möglichkeit, auf die Beanstandungen zu antworten.

Der Antragsgegner hat nach Zustellung des Mahnbescheides zwei Wochen lang Zeit, innerhalb der Forderung zu begleichen oder Widerspruch einzulegen. Wenn Widerspruch gegen den Mahnbescheid eingeleitet werden ist, erhält der Antragsteller eine entsprechende Nachricht zusammen mit einer Kostenvorschuss für ein ordentliches Verfahren. Das Mahnverfahren ist mit der Einlegung des Widerspruchs abgeschlossen, wenn der Anspruch vom Antragsteller weiter verhängt werden soll, muss ein ordentliches Verfahren durchgeführt werden. In diesem ordentlichen Verfahren wird der Anspruch aus dem Mahnbescheid in Rahmen eines normalen Zivilprozesses mit Klage und Klageabwehrung und eventueller Beweisaufnahme verhandelt und gegebenenfalls durch Vergleich oder Urteil entschieden. Falls nur ein Teil der im Mahnbescheid enthaltenen Forderung anerkannt wird, kann hinsichtlich des restlichen Teils Widerspruch eingeleitet werden, der heißt der Widerspruch wird auf den verbleibenden Teil beschränkt. In diesem Fall kann das Verfahren hinsichtlich des widersprochenen Teils nur durch Durchführung eines ordentlichen Verfahrens vor dem Prozessgericht eingeleitet werden, bezüglich des nicht widersprochenen Teils kann ein Antrag auf Erlass eines Vollstreckungsbefehls gestellt werden.

Falls nach zwei Wochen weder eine vollständige Zahlung durch den Antragsgegner erfolgt, noch ein dessen ein Widerspruch eingeleitet werden ist, kann der

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts: Mahnverfahren

Antragsteller den Erlass eines Vollstreckungsbescheids beantragen. Der Antrag darf erst zwei Wochen nach dem Datum der Zustellung gestellt werden, wobei sich diese

Frist auf den letzten Werktag vorläuft, wenn der Antrag an einem Samstag, Sonntag oder Feiertag stellen würde. Nach § 701 ZPO muss der Antrag auf Erlass eines Vollstreckungsbescheids innerhalb von sechs Monaten ab Zustellung des Mahnbereichs an den Antragsgegner bei Gericht eingegangen sein. Falls diese Frist nicht eingehalten wird, erfüllen die Verfügungen des Gerichts zugewiesenen Mahnbereichs.

Falls gegen den Anspruch schon ein Widerspruch eingeleitet worden ist, kann der Antrag auf Erlass eines Vollstreckungsbescheids nicht gestellt werden; der eingeleitete Widerspruch wird dem vom Mahngericht von Amts wegen berücksichtigt.

Wenn der Anspruch vollständig gestellt worden ist, darf kein Antrag auf Erlass eines Vollstreckungsbescheids mehr gestellt werden. Eine Mitteilung von der erfolgten Zahlung an das Mahngericht ist ebenfalls nicht erforderlich.

Mit dem Vollstreckungsbescheid kann die Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Schuldners betrieben werden. Mit der Übersendung der vollstreckbaren Ausfertigung des Vollstreckungsbescheids endet das Verfahren vor dem Mahngericht. Ähnliche Verfahren der Zwangsvollstreckung finden vor dem Vollstreckungsgericht statt, abgesehen von wenigen Ausnahmen (z.B. bei Vollstreckung in Immobilien); es endet das Verfahren an diesem Ort mit der Schaffung des vollstreckbaren Vollstreckungsbescheids.

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts: Lieferantenkredit

## Lieferantenkredit

Beim Lieferantenkredit gewährt der Lieferant dem Kunden eine Fristverschiebung der Rechnungsstellung, in dem die Fälligkeit auf ein in der Zukunft liegendes Datum verschoben wird. Demnach kann der Kunde seine Rechnung zu einem späteren

Zeitpunkt begleichen. Der Lieferantenkredit wird auch als Handelskredit oder Bankkredit bezeichnet. Es handelt sich um eine wesentliche Form der Finanzierung, die Lieferantenkredite an den Einsatz von Waren oder die Inanspruchnahme von Dienstleistungen geknüpft sind.

Wird eine Zahlungsfrist von weniger als 30 Tagen gewährt, so handelt es sich um einen kurzfristigen Lieferantenkredit. Sobald die Zahlungsfrist 30 Tage überschreitet, wird der Lieferantenkredit als langfristige bezeichnet.

Wird die Ware oder Dienstleistung bei der Erhalt oder noch bezahlt, kommt keine Finanzierung und somit kein Lieferantenkredit zustande. Viele Unternehmen koppeln Lieferanten- oder Handelskredite mit einer Skontofrist. Wenn der Lieferant nicht in Anspruch und nicht selbst, wird kein Skonto gewährt. Üblich ist ein Skonto von drei Prozent. Wenn die Empfänger der Lieferantenkredit in Anspruch und nicht zu einem späteren Zeitpunkt, verliert der Anspruch auf Skonto und die Rechnung verbleibt sich um die Höhe des Skontos.

Gerade kleine und mittelständische Unternehmen erhalten durch Lieferantenkredite Vorteile und können Waren nach Bedarf ohne das Risiko einer Insolvenz oder der Forderung einer Nachzahlung bezahlen. Auch in der Dienstleistungsbranche haben Lieferantenkredite durch die Kreditlinien und Kreditrahmen einen Vorteil erbracht. Siegel an Bedeutung gewonnen und sind heute Bestandteil der meisten angerechneten Rechnungen.

Ein großer Vorteil des Lieferantenkredits ist der hohe Effektivzins. Zahl der Kunde seine Rechnung erst nach 30 Tagen, muss er womöglich mit einem effektiven Jahreszins von 30 Prozent und mehr rechnen. Häufig werden die Zinsen in Rechnungen nicht ausgewiesen.

Als Alternative zum Lieferantenkredit kann die sogenannte Retentionszahlung gesehen werden. Auch hier erfolgt der Käufer der sofortigen Zahlung aller Forderungen. Allerdings wird in diesem Fall nicht nach einem gewissen Zeitraum der komplette Betrag fällig. Denn bei einer Retentionszahlung ergehen sich Zahlungsmängel und Zahlungspflichtige darauf, dass der zu zahlende Betrag in Höhe über einen zum definierten Zeitraum abgezogen wird. Der Nachteil dieser Alternative ist jedoch, dass eine Unklarheit bezüglich zum Kaufpreis auch nach weiteren Zinskosten auf der Zahlungspflichtigen zukommen.

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts: Lagerkennziffern - Mindestbestand, Meldebestand und Maximalbestand

## Lagerkennziffern - Mindestbestand, Meldebestand und Maximalbestand

Lagerkennziffern oder Lagerkennzahlen sind betriebswirtschaftliche Indikatoren, die dazu dienen, die Lagerhaltung zu überprüfen und wirtschaftlich zu optimieren. Diese Kennziffern werden in Relation zu bekannten branchenüblichen Werten gesetzt oder

bestimmen sich an vorgegebenen, branchenüblichen Werten. Sie werden in der Regel, die Menge, die im Lager vorhanden ist, mit der Menge, die im Lager vorhanden sein sollte, verglichen. Wenn auf der einen Seite ein bestimmtes Produkt verfügbar ist, um auf Bestellungen schnell reagieren zu können, auf der anderen Seite keine unnötigen Kosten entstehen, ist der Lagerbestand ein wertvolles Instrument. Sie sind spezifiziert nach Mindestbestand, Meldebestand und Maximalbestand.

### Mindestbestand

Ein ausreichender Lagerbestand ist notwendig, um die Betriebswirtschaft sicherzustellen. Damit schwerwiegende Nachfrageschwübe und Versorgungsengpässe abgefangen werden kann, ist ein Mindestbestand erforderlich. Bei nicht ausreichendem Mindestbestand besteht die Gefahr, dass Fertigungskosten (z.B. durch Stillstände, Schichtwechsel, Leerkosten) entstehen.

Relevanz ist die Bedeutung des Mindestbestandes besonders für produzierende Unternehmen gegeben, da sich die Transportwege und -zeiten durch die Vorkosten der Beschaffung erheblich verlängern.

Die Führung eines Mindestbestandes ist auch hinsichtlich positiver Kundenbeziehungen im Interesse der Unternehmen. Die eigene Reserve sorgt für einen hohen Grad an Zuverlässigkeit in der Belieferung. Lieferverzögerungen und Versorgungsengpässe können sonst ein negatives Unternehmensimage bewirken.

Jedes Unternehmen kann den Mindestbestand entsprechend der eigenen Ansprachen festlegen. Eine allgemeine Berechnungsformel die zur Bestimmung verwendet werden kann, definiert den Mindestbestand als Produkt aus Tagesverbrauch und Lieferzeit.

### Meldebestand

Der Meldebestand ist der Bestand der Warenmenge, bei dessen Erreichen eine neue Bestellung ausgelöst werden muss (oder automatisch ausgelöst wird), um den Mindestbestand bis zum Eintreffen der neuen Lieferung nicht angehen zu lassen. Der Meldebestand ergibt sich aus der Multiplikation von Tagesverbrauch und Lieferzeit plus Mindestbestand.

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts Lagerkennziffern - Mindestbestand, Meldebestand und Maximalbestand

## Maximalbestand

Generell begrenzt der vorhandene Lagerplatz den Maximalbestand, auch Höchstbestand genannt. Darüber hinaus sollte die gelagerte Warenmenge aber auch bei vorhandenem Lagerplatz einen festgelegten Maximalbestand nicht überschreiten.

Denn die eingekauften Güter müssen in der Regel innerhalb kurzer Zeit verkauft werden, ein Vorrat bindet daher immer auch Kapital an das Lager.

In der Berechnung des Maximalbestandes helfen der Mindestbestand sowie die optimale Bestellmenge mit an. Der Maximalbestand ergibt sich aus der Summe des Mindestbestandes und der optimalen Bestellmenge. Die optimale Bestellmenge hängt von den Beschaffungskosten und den Lagerkosten ab, die jedes Unternehmen für sich selbst schätzen muss. Für die Berechnung der optimalen Bestellmenge eignet sich insbesondere die Andler-Formel.

Mit der Andler-Formel wird die optimale Bestellmenge berechnet, bei der die Gesamtkosten minimal sind. Grundvoraussetzungen sind dabei eine mengen- und zeitlich fixierte Bestimmung von Lagerkosten, Beschaffungskosten, Zinskosten und Materialkosten, wobei die Gesamtkosten minimal sind.

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts: Kalkulatorische Kosten

## Kalkulatorische Kosten

Der Begriff „kalkulatorische Kosten“ stammt aus dem Rechnungswesen beziehungsweise aus der Betriebswirtschaftslehre. Er bezeichnet Kosten, denen entweder gar kein Aufwand oder ein Aufwand in anderer Höhe gegenübersteht.

Kalkulatorische Kosten sind damit keine tatsächlichen, sondern nur fiktive Kosten. Sie ermöglichen dem Unternehmen, eine korrekte Preiskalkulation durchzuführen und die Genauigkeit der Kostenrechnung zu steigern.

Wichtig bei kalkulatorischen Kosten liegt auch die tatsächliche Werteverzehrung dar. Diese muss ermittelt, ohne dass formale- und steuerrechtliche Vorschriften berücksichtigt werden müssen. Dies erfolgt gleichzeitig die Festlegung des unternehmerischen Risikos.

Kalkulatorische Kosten setzen sich zusammen aus den Antriebskosten und den Zuschüssen. Wenn die Höhe des Aufwands von der Höhe der Kosten ab, werden die Kosten als Antriebskosten bezeichnet. Steht der Kosten kein Aufwand gegenüber, fallen sie als Zuschüsse.

Auf der nächsten Ebene lassen sich die kalkulatorischen Kosten weiterhin aufgliedern in:

- kalkulatorische Zinsen für Eigenkapital
- kalkulatorische Miete
- kalkulatorischer Unternehmerlohn
- kalkulatorische Depreciation und
- kalkulatorische Abschreibungen

Kalkulatorische Zinsen für Eigenkapital, kalkulatorische Miete sowie kalkulatorischer Unternehmerlohn zählen zu den Zuschüssen. Zu den Antriebskosten zählen kalkulatorische Depreciation und kalkulatorische Abschreibungen.

### Kalkulatorische Zinsen für Eigenkapital

Unter kalkulatorischen Zinsen versteht man die theoretischen Zinsen für das im Unternehmen verwendete Eigenkapital. Die Kosten gemeinsam mit den tatsächlichen Zinsen des Fremdkapitals als zusätzliche Kosten in die Kostenrechnung ein. Zur Berechnung wählen die Unternehmen üblicherweise den marktüblichen Zinssatz auf das betriebsverwendete Kapital heran.

### Kalkulatorische Miete

Es ist der Geschäftsführer oder Unternehmer auch der Eigentümer der betrieblich genutzten Räume, sind keine Mietkosten an Dritte vermietet zu entstehen. Dennoch ist die theoretische, also kalkulatorische Miete in die Kostenrechnung mit

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts: Kalkulatorische Kosten

aufzunehmen. Sie wird auf der Grundlage der lokal üblichen Mieten für vergleichbare Räumlichkeiten angesetzt.

### **Kalkulatorische Unternehmerlohn**

Unternehmerlohn: Geschäftsführer und Personengesellschafter erhalten kein Gehalt sondern entziehe Zahlungen des Gewinnes. Damit die Selbstkosten nicht zu niedrig angesetzt werden, wird ein fiktiver kalkulatorischer Unternehmerlohn angesetzt. Maßstab hierfür ist der geschätzte Gehalt eines Angestellten in vergleichbarer Position, Branche und Unternehmensgröße.

### **Kalkulatorische Steuern**

Bei kalkulatorischen Preiskosten werden betragsliche Einzahlungen abgezogen. Dazu gehören zum Beispiel USt-Einklä, Körperschaftsteuer, Grunderwerbsteuer, Versicherung von Waren und Nachlassverfügungsberechtigten. Diese fiktiven Kosten können nur angesetzt werden, wenn die Zurechenbarkeit betriebsgewöhnliche Einkommens nicht bereits durch eine Versicherung abgedeckt sind. Auch der allgemeine Unternehmerlohn darf nicht angesetzt werden.

### **Kalkulatorische Abschreibungen**

Da die tatsächliche Wertminderung des Anlagevermögens betriebsgewöhnliche der Produktionsanlagen wie Maschinen, Computer oder Fahrzeuge erfolgt wird, werden kalkulatorische Abschreibungen in der Kostenrechnung verrechnet. Dabei handelt es sich um Abschreibungen, die sich für geschäftlich höher als die handelsrechtliche Abschreibungen in der Bilanz sind. Steuerrechtlich werden Abschreibungen in voll Prozent festgelegte Höhe vom Anschaffungswert erlaubt. Kalkulatorische Abschreibungen werden auf der Basis der handelsrechtlichen Abschreibungen in der jeweiligen Abschreibungsperiode des betreffenden Anlagevermögens berechnet.

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts: Just-in-time-Prinzip

## Just-in-time-Prinzip

Eine Lieferung wird in der Logistik als Just-in-Time bezeichnet, wenn sie mengen genau im Moment des Bedarfs beim Kunden eintrifft. Damit soll die Lagerhaltung am Verarbeitungsort so gering wie möglich gehalten werden.

Im Just-in-time-Prinzip wird die 'Lieferung' auf die Beschaffungsplanung übertragen. Die Lieferung bedeutet, dass sich die Materialien in einem ständigen Fluss befinden sollen. Möglich wird dies nur angewandt Form der Beschaffungsplanung durch eine gute Transportplanung. Die Transportplanung macht sich zur Aufgabe, Transport- und Bestandskosten so gering wie möglich zu halten. Eine Verringerung dieser Kosten kann durch die Bestimmung der optimalen Liefergröße und Berechnung der korrekten Zeitpunkte erreicht werden. Um eine störungsfreie Beschaffung gemäß Just-in-time zu realisieren, ist ein elektronischer Datenaustausch zwischen Hersteller und Zulieferer unabdingbar. Erst wenn der Bedarf genau bekannt, wird die geforderte Menge von Materialien an die Fertigungsstelle geliefert. Lagermengen entstehen somit nur direkt am Montageband.

Dieses Verfahren wird insbesondere in der Massen- und Großserienfertigung angewendet, wie zum Beispiel in der Automobilbranche. Bei einigen Automobilherstellern werden sogar die Fertigungsmittel der Komponenten Zulieferer direkt auf dem Firmengelände des herstellenden Werks angewendet, um diese liefern zu können.

Voraussetzungen für Just-in-Time Lieferungen sind eine gute Infrastruktur, ein optimiertes Informationsfluss sowie Flexibilität des Lieferanten. Darüber hinaus ist eine spezielle Gestaltung der Verträge, zum Beispiel in Form von Rahmenverträgen notwendig. Das Just-in-Time-Prinzip ist aufgrund des erhöhten Aufwands nur bei Aufträgen in großen Mengen wirtschaftlich.

Vorteile des Just-in-Time-Prinzips ist die Verringerung von Bestandskosten, da die Notwendigkeit eines Lagerbestandes minimal ausfällt.

Nachteilig ist ebenfalls der erhöhte Kommunikationsaufwand. In der Kommunikation zwischen Hersteller und Zulieferer müssen ständige Protokolle über den aktuellen Produktionsstand ausgetauscht werden, ansonsten kann die Lieferung wichtiger Teile zu unvorhergesehenen Nacharbeiten oder Lieferverzögerungen führen. Andererseits gefährdet Unvorhergesehenes wie Schnee, Sturmstöße etc. oder Lieferverzögerungen eine störungsfreie Produktion. Komplikationen auf der Fertigerseite wie Unfälle oder Umstellungen können dazu führen, dass der Nachschub nicht rechtzeitig in der Produktion ankommt, was wiederum einen Produktionsrückstand zur Folge haben kann.

## Incoterms

Bei den Incoterms (Abkürzung aus "International Commercial Terms", deutsch Internationale Handelsklauseln) handelt es sich um weltweit anerkannte, einheitliche,

Ständig zu verwendende Vertrags- und Lieferbedingungen, die den Parteien eines Kaufvertrages eine standardisierte Absprache in internationalen, aber auch nationalen, Handelsgeschäften ermöglichen. Die Incoterms haben die Aufgabe, die Zuständigkeit, die Risikoverteilung und die Sorgfaltspflichten zwischen den Vertragspartnern festzulegen.

### 11. Übersicht der Incoterms 2020

Die Incoterms werden alle zehn Jahre erneuert, die aktuelle Fassung ist am 01. Januar 2020 in Kraft getreten. Die Incoterms 2020 umfassen elf Klauseln, die festlegen, wann der Risiko vom Verkäufer auf den Käufer übergeht. Die Aufteilung der Verträge kann unterschiedlich werden, welche Klauseln Anwendung finden:

- 1) **EXW** – Ex Works (Ex Works): Der Verkäufer muss dem Käufer Zugang zu Waren an einem vereinbarten Ort gewähren. Von diesem Zeitpunkt an trägt der Käufer fast alle Kosten und Risiken während des gesamten Versandprozesses.
- 2) **FCA** – Free Carrier (Free Carrier): Der Verkäufer muss die Ware auf eigene Gefahr hin und auf eigene Kosten auf seinem Grund oder an einem vereinbarten Ort zur Verfügung stellen. In beiden Fällen ist der Verkäufer für die Freigabe der Ware für den Export verantwortlich. Es kann auch vereinbart werden, dass der Käufer den Frachtkosten annehmen muss, dem Verkäufer eine "Bill of Lading (B/L)" mit Vermerk an Bord auszustellen.
- 3) **CPT** – Carriage Paid To (Frachtkosten): Der Verkäufer hat die gleichen Verpflichtungen wie bei FCA, trägt in diesem Fall aber zusätzlich die Versandkosten.
- 4) **CFR** – Carriage and Insurance Paid to (Frachtkosten versichert): Die gleichen Verpflichtungen des Verkäufers wie bei CPT, nur in diesem Fall ist der Verkäufer dazu verpflichtet, die Versicherung mit hoher Deckung zu bezahlen. Die Bedingungen können jedoch auch eine begrenzte Deckung vereinbaren.
- 5) **DDP** – Delivered at Place (Delivered Duty Paid): Der Verkäufer trägt die Kosten und Risiken des Transports der Ware an eine vereinbarte Adresse. Sobald die Ware dort angekommen und zur Entladung freigegeben ist, übertragen sich mögliche Risiken auf den Käufer.
- 6) **DPU** – Delivered at Place Unloaded (Delivered an Ort der Entladung): Der Verkäufer trägt die Kosten und Risiken für die Lieferung der Ware an einen vereinbarten Bestimmungsort, an dem die Ware für den Weitertransport entladen

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max

Datum: 01.08.2021

Thema des Fachberichts Incoterms

werden kann. Der Verkäufer veranlasst die Verzollung und entlädt die Ware am vereinbarten Ort. Der Käufer sorgt für die Zollabfertigung und alle damit verbundenen Rechte.

- f) **DDP – Delivered Duty Paid (Delivered duty paid)**: Der Verkäufer trägt alle Kosten und die Risiken des Transports, trägt die Verantwortung für Import und Export und jegliche erforderliche Einfuhrzölle. Sobald die Ware an vereinbarte Adresse angekommen und zur Entladung freigegeben ist, übertragen sich mögliche Risiken auf den Käufer.
- g) **FAS – Free Alongside Ship (Free Alongside Ship)**: Der Verkäufer trägt alle Kosten und Risiken, bis die Ware in der Nähe des Schiffes angeliefert wird. Von da an geht das Risiko an den Käufer über, der auch die Verzollung für die Aus- und Einfuhr übernimmt.
- h) **FOB – Free On Board (Free on Board)**: Der Verkäufer trägt alle Kosten und Risiken, bis sich die Ware an Bord des Schiffes befindet und verantwortlich auch die Ausfuhranmeldung. Sobald sich die Ware an Bord des Schiffes befindet, geht die Verantwortung für den Versand an den Käufer über.
- i) **CIF – Cost and Freight (Costs and Freight)**: Es gelten für Verkäufer und Käufer die gleichen Bedingungen wie bei FOB. Allerdings muss in diesem Fall der Verkäufer den Transport der Ware zum Hafen bezahlen.
- j) **CIP – Cost, Insurance and Freight (Costs, Insurance and Freight)**: Der Verkäufer hat die gleichen Verpflichtungen wie bei CIF, trägt aber auch die minimalen Versicherungsrisiken. Eine darüber hinausreichende Versicherung muss vom Käufer selbst getragen werden.

### Erstellung des Incoterms

Die Incoterms können nach Art des Transports angeteilt werden in:

- Klauseln für jede Transportart: EXW, FCA, CPT, CIP, DAP, DPU, DDP
- Klauseln für den See- und Binnenschifftransport: FAS, FOB, CFR, CIF

Darüber hinaus kann eine Einteilung nach Art der Abwicklung erfolgen:

- Gruppe E: Abwicklungsart (EXW)
- Gruppe F: Abwicklungsart ohne Übernahme der Kosten für den Haupttransport durch den Verkäufer (FCA, FAS, FOB)
- Gruppe C: Abwicklungsart mit Übernahme der Kosten für den Haupttransport durch den Verkäufer (CFR, CIP, CPT, DPU)
- Gruppe D: Abwicklungsart (DAP, DPU, DDP)

## Fixe und variable Kosten

Bei den meisten Produktionsprozessen entstehen sowohl Kosten, die von der Menge der produzierten Güter abhängen (variable Kosten), wie auch Kosten, die unabhängig von der Produktionsmenge immer in gleicher Höhe anfallen (fixe Kosten).

### Variable Kosten

Variable Kosten sind veränderliche Kosten, die in Abhängigkeit von Beschäftigungszustand oder der Produktionsmenge eines Unternehmens steigen oder sinken. Gemeinhin mit den Fixkosten bilden die variablen Kosten die Gesamtkosten eines Unternehmens.

Variable Kosten unterscheiden sich in ihrer Beschaffenheit voneinander. Zu den typischen Ausprägungen variabler Kosten zählen:

- Proportionale Kosten: Proportionale Kosten steigen in selben Verhältnis zum Beschäftigungszustand
- Degressive Kosten: Degressive Kosten (unterproportionale Kosten) steigen in geringeren Maß als der Beschäftigungszustand
- Progressive Kosten: Progressive Kosten (überproportionale Kosten) steigen in höherem Maß als der Beschäftigungszustand
- Regressive Kosten: Regressive Kosten steigen bei sinkender Beschäftigung und sinken bei steigender Beschäftigung

In der Betriebswirtschaft gelten beispielsweise folgende Kosten als variable Kosten:

- Rohstoffe
- Provisionen
- Fracht- und Transportkosten
- Abwechslende Lohnverpflichtungen
- Fremdleistungen
- Energiekosten für Maschinen

### Fixe Kosten

Als Fixkosten wird der Teil der Gesamtkosten definiert, der unabhängig von der Beschäftigungs- und Auftragslage eines Unternehmens oder Unternehmens konstant und unveränderlich bleibt. Daher werden diese Verpflichtungen als fixe Kosten bezeichnet.

Typische Beispiele für Fixkosten sind daher:

- Mieten
- Lizenzgebühren (Grundgebühren)
- Linienverpflichtungen
- Energiekosten für Grundgebühren

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts: Fixe und variable Kosten

Löhne und Gehälter können beispielweise sowohl variable Kosten als auch Fixkosten sein: Je nachdem, ob es sich um ein Fixgehalt handelt oder um ein leistungsbezogenes Gehalt (Akkordlöhne).

#### Deckungsbeitrag

Der Deckungsbeitrag bezeichnet die Geldmenge, die benötigt wird, um die fixen Kosten eines Produktes zu decken. Übersteigt der Deckungsbeitrag die fixen Kosten, erzielt das Unternehmen einen Gewinn.

Der Deckungsbeitrag berechnet sich aus der Differenz aus Erlös und variablen Kosten.

## Einzel- und Gemeinkosten

Die Unterscheidung von Kosten in Einzelkosten und Gemeinkosten erfolgt nach der Zurechenbarkeit auf einen Kostenträger beziehungsweise eine Kostenstelle.

Unter **Kostenobjekten** versteht man in der Betriebswirtschaft alle hergestellten Leistungen eines Unternehmens (z. B. Produkte und Dienstleistungen). Bei einer **Kostenstelle** handelt es sich hingegen um den Ort der Kostenentstehung in einem Unternehmen (z. B. Organisationsstruktur, Abteilung, Standort). Eine **Kostenstelle** umfasst die in einem Unternehmensbereich angefallenen Gemeinkosten.

### Einzelkosten

**Einzelkosten** können nach dem Verursachungsprinzip direkt einem bestimmten Kostenträger (Produkt, Dienstleistung) zugeordnet werden. Sie werden daher auch als **direkte Kosten** bezeichnet und fließen direkt in die Kostenabrechnung ein. Alle anderen Kosten sind Gemeinkosten und werden in der Kostenabrechnung auf Kostenstellen (Organisationsstrukturen, Abteilungen) verteilt.

Einzelkosten werden unterschieden in

- **Materialmaterialkosten**  
Hierbei fallen alle Rohstoffe oder Einzelteile, die einem bestimmten Produkt oder einer bestimmten Dienstleistung direkt zugeordnet werden können.
- **Fertigungsmaterialkosten**  
Dies sind die bei der Fertigung eines Produktes oder der Erbringung einer Dienstleistung anfallenden Lohnkosten.
- **Sondermaterialkosten der Fertigung**  
Hierzu zählen die bei der Fertigung auftrags- oder chargenweise zu erfassenden Kosten. Dies sind beispielsweise die Kosten für Werkzeuge, Lohngebühren, Kosten für Materialstrukturen oder die Kosten für Formen und Modelle. Eine andere Bezeichnung ist **Fertigungsmaterialkosten**.
- **Sondermaterialkosten des Vertriebs**  
Hierbei handelt es sich um im Vertriebsbereich eines Unternehmens auftrags- oder chargenweise zu erfassende Vertriebskosten. Beispiele sind spezielle Versicherungen, Zölle, Ausgabengebühren und Provisionen. Eine andere Bezeichnung ist **Vertriebsmaterialkosten**.

### Gemeinkosten

Die **Gemeinkosten** werden im Gegensatz zu den Einzelkosten in der Kostenabrechnung **veranschlagt** und daher den Kostenstellen, also beispielsweise Abteilungen, indirekt über Schlüssel zugeordnet. Sie fallen für mehrere Erzeugnisse an und können aus diesem Grund keinem Produkt und keiner Dienstleistung direkt zugeordnet werden. Man nennt Gemeinkosten deswegen auch **indirekte Kosten**.

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts: Einzel- und Gemeinkosten

Im Gegensatz zu den Einzelkosten, müssen die Gemeinkosten über einen Zwischenschritt den Kostenstellen zugerechnet werden. Die

Gemeinkostenrechnung, also die indirekte Zurechnung der Gemeinkosten auf die Kostenträger erfolgt mit Hilfe der Kalkulationsstellen, die auch Verrechnungstellen oder Zuschlagstellen genannt werden. Dabei werden die Gemeinkosten während der Kostenstellenrechnung zunächst auf die Kostenstellen verteilt und anschließend mit Hilfe einer Gemeinkostenverteilung in Kalkulationsrechnungen auf die Kostenträger verteilt.

Die Gemeinkosten können ebenfalls in vier Gruppen unterteilt werden:

- **Materialgemeinkosten**  
Können die Kosten für ein bestimmtes Material, zum Beispiel für Schweißarbeiten, mit denen eine Vielzahl verschiedener Produkte bearbeitet werden, nicht mehr den einzelnen Produkten zugeordnet werden, teilt man sich einen Schlüssel, um die Materialkosten auf die einzelnen Teile aufzuteilen.
- **Fertigungsgemeinkosten**  
Unter den Fertigungsgemeinkosten werden alle nicht direkt zurechenbaren Kosten in Zusammenhang mit der Produktion erfasst. Hierzu zählt zum Beispiel die Abschreibung für Maschinen, die Lohnkosten und die Lohnnebenkosten für den Arbeiter oder die Stromkosten für die Fertigungsbereiche.
- **Verwaltungsgemeinkosten**  
Hierunter fallen alle Kosten der Verwaltung, wie Lohnkosten, Lohnnebenkosten, Versicherungsbeiträge oder Gehaltssteuern. Diese Kosten entstehen im Allgemeinen für alle Produkte des Unternehmens, können aber nicht einzelnen Kostenträgern zugeordnet werden.
- **Vertriebsgemeinkosten**  
Die Kosten für Vertriebsmitarbeiter, den Fuhrpark und andere Kosten, die für den Vertrieb der Produkte entstehen, können in der Regel keinem einzelnen Kostenträger direkt zugeordnet werden. Auch in Vertrieb werden daher die Gemeinkosten ermittelt und entsprechend des Vertriebsrisikofaktors auf die einzelnen Produkte umgelegt.

Für die Herstellung von Produkten entstehen in jedem Unternehmen fixe Kosten. Viele dieser Fixkosten zählen zu den Gemeinkosten, jedoch nicht alle. Während zum Beispiel die Gehaltssteuern eindeutig den Fixkosten zuzurechnen ist, ist der Wasserverbrauch oder der Energieverbrauch meist abhängig von der produzierten Menge. Das heißt, diese Kosten sind zwar indirekte Kosten, zählen aber nicht zu den Fixkosten. Eine intensive Untersuchung ist anhand der Kostenrechnung zu treffen.

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts: Eigentum und Besitz

# Eigentum und Besitz

Die Begriffe Eigentum und Besitz werden im täglichen Sprachgebrauch häufig synonym verwendet. Rechtlich gesehen besteht jedoch ein Unterschied zwischen

## Eigentum und Besitz

### Eigentum

Eigentum ist in den meisten Verfassungen als Grundrecht geschützt, aber nicht inhaltlich bestimmt. Der materielle Inhalt des Eigentums ergibt sich aus einer Vielzahl von Gesetzen des Privatrechts und Öffentliches Recht: Grundrecht, Strafrecht, Kaufrecht, Dienstrecht, Umweltrecht, Verwaltungsrecht oder privatrechtliche Privatrechts.

Das Eigentum ist ein dingliches Recht. Dinglich bedeutet, dass nur ein bestimmtes Recht an einer Sache ist, die gegenüber jedermann gilt. Das Eigentum ist das umfassendste dingliche Recht. Es umfasst den Eigentümer, die den Rechtsinhaber, die Verfügung über eine Sache, sowie diese nicht durch Gesetz oder Vereinbarung beschränkt werden. Mit anderen Worten, ein Eigentümer einer Sache ist, wenn er über sie verfügt, was nicht verboten ist oder vertraglich eingeschränkt wurde.

Ein wichtiges Merkmal des Eigentums ist dessen Wirkung gegenüber Dritten. Der Eigentümer ist, wenn Dritte mit der Nutzung ausschließen. Entsprechend stellt die Beherrschung des Eigentums besondere Regeln zur Verfügung, um sein Eigentum zu schützen.

### Besitz

Der Besitz wird in Abhängigkeit mit dem Eigentum geregelte. Besitz ist eine Person besitzen einer Sache, wenn sie die tatsächliche Gewalt (Sachherrschaft) über diese hat. Im Unterschied zum Eigentum erlangt der Besitz eher an die tatsächlichen als an die rechtlichen Gegenstände an.

Die Unterscheidung zwischen Eigentum und Besitz ermöglicht es, dass ein Eigentümer sein Eigentum Dritten zur Verfügung stellen kann, ohne dass er das Eigentum daran aufgeben muss. Er verleiht Eigentum. Das heißt, der Besitzer erhält den vollständigen Besitz selbst auch gegenüber Dritten von Dritten.

Zur Veranschaulichung des Unterschieds zwischen Eigentum und Besitz kann ein Mietverhältnis betrachtet werden. Im Mietvertrag wird der Mieter Besitzer, der Vermieter bleibt jedoch Eigentümer. Der Mieter erhält also die tatsächliche Sachherrschaft, während er zum Beispiel in der gemeinsamen Wohnung lebt oder ein gemeinsames Auto fährt. Die Wohnung oder das Auto verlassen jedoch auch während der Nutzung im Eigentum des Vermieters.

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
 Datum: 01.08.2021  
 Thema des Fachberichts: Break-Even-Point

# Break-Even-Point

Mit Break-even oder Break-even-Point wird der Punkt in einem Absatz-Gewinn-Diagramm bezeichnet, bei dem der Gewinn gerade Null ist. Deshalb heißt er auch Gewinnschwelle. Dabei gehen in die Berechnung des Gewinns neben dem Absatz auch der Preis des Produkts, die variablen Kosten und die Fixkosten ein.

Um den Break-even-Point zu berechnen, muss zunächst festgelegt werden, auf welchen Zeitraum sich diese Betrachtung bezieht. Meistens ist dies ein Jahr, der Break-even-Point kann aber auch für andere Zeiträume ermittelt werden. Wichtig ist, dass Absatzmenge und Fixkosten sich auf den gleichen Zeitraum beziehen und Preis und variable Kosten in diesem Zeitraum konstant sind.

In der Break-Even-Analyse muss der Unternehmer die Kosten in fix und variable Kosten aufteilen. Fixkosten sind Kosten, die unabhängig von der produzierten Menge gleichbleibend hoch sind, also etwa Miete oder Löhne. Variable Kosten hingegen unterliegen der Menge und steigen, da in Abhängigkeit der produzierten Menge steigende Beschäftigungswerte höher ausfallen. Das sind etwa die Materialkosten. Zieht man von Erlös die variablen Kosten ab, ergibt sich im Übrigen der Deckungsbeitrag. Es handelt sich also um den Betrag, der zur Deckung der Fixkosten zur Verfügung steht.

Der Break-Even-Point kann sowohl grafisch als auch mathematisch ermittelt werden.

## Grafische Ermittlung

Um den Break-Even-Point grafisch zu ermitteln, werden Fixkosten, variable Kosten und die Verkaufserlöse in ein Diagramm eingezeichnet. Dabei werden Umsatz und Kosten je Menge in Abhängigkeit vom Absatz je Stück dargestellt. Dort, wo sich die Umsatzfunktion und die Kostenfunktion schneiden, befindet sich der Break-even-Point.

## Mathematische Ermittlung

Die Formel zur Berechnung der Gewinnschwelle lautet:

Break-even oder Gewinnschwelle

$$= \text{Absatz} \times \text{Preis} - \text{Absatz} \times \text{variable Kosten} - \text{Fixkosten} = 0$$

Wenn der Preis, variable und fix Kosten gegeben sind, lässt sich der Absatz berechnen, der gerade zum Gewinn 0 führt:

$$\text{Absatz: Gewinnschwelle} = \text{Fixkosten} / (\text{Preis} - \text{variable Kosten})$$

An der Gewinnschwelle entspricht der gesamte Deckungsbeitrag also gerade den Fixkosten. Bei diesem Absatz deckt der Stückgewinn die fixen Kosten pro Stück.

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts Break-Even-Point

Wenn der Absatz ermittelt werden kann und variable und fixe Kosten gegeben sind, lässt sich der Preis berechnen, der gerade zum Gewinn 0 führt:

$$\text{Preis Gewinnschwelle} = ((\text{Absatz} \times \text{variable Kosten}) + \text{Fixkosten}) / \text{Absatz}$$

Bei der Gewinnschwelle entspricht der Preis für das Produkt genau den gesamten Stückkosten des Produkts.

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts: Bestellpolitik: Bestellpunkt- und Bestellrhythmusverfahren

## Bestellpolitik: Bestellpunkt- und Bestellrhythmusverfahren

Die Bestellpolitik eines Unternehmens legt fest, wann eine Bestellung ausgelöst wird und wie viel bestellt wird. Durch die Kombination von fixer oder variabler Bestellmenge und Bestellperiode soll der richtige Bedarf ermittelt und ein Optimum in der Bestellpolitik erreicht werden.

Abhängig von vier Ausprägungen Bestellmenge, Bestellperiode, fix und variabel werden im Wesentlichen vier Grundtypen der Bestellung abgeleitet. Untergliedert sind in fixen Bestellrhythmusverfahren und variable Bestellpunktverfahren mit jeweils zwei Ausprägungen variable Bestellmengen und -perioden. Zudem können auch Mischverfahren angewendet werden. Die Politik werden anhand folgende

Klassifizierung erstellt:

- 1 Bestellrhythmus
- 2 Bestellbestand/Bestellgrenze
- 3 Sollbestand
- 4 Bestellmenge

### Bestellrhythmusverfahren

Wird variabel so wird ein bestimmtes Menge bestellt, die Bestellung ist entweder fix (s.F.Politik) oder variabel (s.B.Politik)

Bei Anwendung der s.F.Politik ist die Bestellmenge und -periode im Voraus festgelegt. Diese Politik wird auch Bestellrhythmus-Lagerlinien Politik genannt, da es kein Termin für Menge bestellt werden. Die s.F.Politik benötigt nur geringen Lagerbeständen und keine ständige Kontrolle des Lagerbestandes. Die kein Änderung bei Bestellmengen oder zu hohen Lagerbeständen in Folge von Überbeständen führen.

Die s.B.Politik zeichnet sich dadurch aus, dass die Bestellmenge variabel ist während die Bestellperiode fest ist. Es wird als Bestellrhythmus-Lagerlinien Politik bezeichnet, da es kein Bestelltermin die jeweils fertige Menge bis zum Erreichen des Sollbestandes bestellt wird. Mit der s.B.Politik wird der Gefahr der Überbestände eingegrenzt. Hier ist der Lagerbestand mit dem Sollbestand nach oben begrenzt. Da es keinen Mindestbestand gibt, der eine Bestellung auslöst, kann es jedoch zu Fehlern kommen.

### Bestellpunktverfahren

Das Bestellpunktverfahren ist im Vergleich zum Bestellrhythmusverfahren ähnlich variabel. Die Bestellung kann fix (s.F.Politik) oder variabel (s.B.Politik) sein, die Bestellperiode ist immer variabel.

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts Bestellpolitik: Bestellpunkt- und Bestellrhythmusverfahren

Die s,q-Politik, auch Bestellpunkt-Losgrößen-Politik genannt, zeichnet sich durch fixe Bestellmengen und variable Bestellperioden aus. Sie erhält ihren Namen, da bei Erreichen des Meldebestandes eine fixe Bestellmenge bestellt wird. Die s,q-Politik

beinhaltet feste Bestellmengen, die jeweils über zu festen Zeitmengen und die Kapitalbindungskosten stellen gering. Sie erfordert allerdings sehr hohe Dispositionsschärfe und laufende Kontrollen des Lagers.

Bei Anwendung der s,q-Politik sind Bestellmenge und -periode variabel. Diese Politik nennt sich auch Bestellpunkt-Lagerniveau-Politik. Wenn der Meldebestand erreicht ist, wird eine Bestellung ausgelöst. Die Bestellmenge richtet sich nach dem Sollbestand, bis zu welchem immer wieder aufgelöst wird. Bei der s,q-Politik handelt es sich um eine sehr schwache Bestellpolitik. Laufende Kontrollen des Lagerbestandes sind nötig. Die Kapitalbindung ist aber gering und Fallmengen werden vermieden.

## ABC-Analyse und Eisenhower-Prinzip

Die ABC-Analyse sowie das Eisenhower-Prinzip sind Methoden, die zur Prioritätensetzung angewandt werden. Dazu werden Objekte und Aufgaben anhand einer ausgewählten Kenngröße in drei beziehungsweise vier Klassen oder Kategorien unterteilt.

### ABC-Analyse

Die ABC-Analyse ist ein Ordnungssystem zur Klassifizierung einer großen Anzahl von Daten (Einsparnisse, Kunden oder Prozesse). Sie teilt eine Menge von Objekten in die Klassen A, B und C auf, die nach absteigender Bedeutung geordnet sind. Bei der ABC-Analyse ist es möglich, das „Wesentliche“ vom „Unwesentlichen“ zu trennen, Risikofaktoren zu erkennen, unrentable Aktivitäten zu vermeiden und die Wirtschaftlichkeit zu steigern.

Das Ersetzungsprinzip der ABC-Analyse ist wichtig. Dabei ist das Ziel immer, komplexe große Zahlen handhabbar zu machen. So werden Kunden nach ihrer erzielten Umsatz- oder Deckungsbeitrag (ABC-Kunden), Produkte nach ihrer Verkauf- und Umsatzleistung, ihren Deckungsbeitrag oder ihrer Durchlaufzeit (ABC-Titel und Lieferanten (ABC-Lieferanten) nach ihrer Erreichbarkeit klassifiziert. Im Zeitmanagement können beispielsweise die Prioritäten der Aufgaben nach A, B oder C klassifiziert werden. Auch in der Lagerhaltung werden mit Hilfe dieser Verfahren ABC-Pläne erstellt, zum Beispiel nach Zugänglichkeit. In der Materialwirtschaft können mit Hilfe der ABC-Analyse Baugruppen und Einzelteile nach ihrer Wert klassifiziert werden. Hier können Herstellungsstellen beziehungsweise Einzelanlagen, die durchschnittliche Bestandswert oder die jährliche Erreichbarkeit herangezogen werden. Die Zielsetzung der Analyse ist es sicherzustellen, die höchsten Kunden oder Leistungserbringer mit einem entsprechend hohen Aufwand zu steuern (A-Titel, Lieferanten) oder zu pflegen (A-Kunden). Andererseits kann man den Erreichbarkeitswert für die C-Kategorie entweder durch reduzierten Preisunterstützung oder vollständig weglassen (unregelmäßige Lagerhaltung durch Lieferanten).

### Eisenhower-Prinzip

Das sogenannte Eisenhower-Prinzip (auch Eisenhower-Methode oder Eisenhower-Matrix) ist eine Möglichkeit, anstehende Aufgaben in Kategorien einzuteilen. Dadurch sollen die wichtigsten Aufgaben zuerst erledigt und unwichtige Dinge aussortiert werden.

In der Eisenhower-Matrix werden Aufgaben in vier Quadranten eingeteilt:

- wichtig und dringend zu erledigen (A-Aufgaben)
- wichtig, aber nicht dringend (B-Aufgaben)
- nicht wichtig, aber dringend (C-Aufgaben)
- weder wichtig noch dringend (D-Aufgaben)

Name des/der Auszubildenden: Mustermann, Max  
Datum: 01.08.2021  
Thema des Fachberichts: ABC-Analyse und Eisenhower-Prinzip

Das Eisenhower-Prinzip wird heutzutage gelegentlich kritisch betrachtet, da ein gutes Zeitmanagement gerade verhindern soll, dass Aufgaben sich als dringend in den Vordergrund schieben. Die Priorisierung und Einteilung der Aufgaben wird

demzufolge vorwiegend nach dem Kriterium „Wichtigkeit“ vorgenommen. Grundlage der Kritik ist unter anderem die Erkenntnis, dass wichtige Aufgaben selten dringend und dringende Aufgaben selten wichtig sind. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die Unterscheidung und Einordnung zwischen Wichtigkeit und Dringlichkeit nicht ausreichend genug behandelt wird.